

LRH / Initiativprüfung / Stadtgemeinde Rohrbach-Berg mit Schwerpunkt Kooperationen

LRH bewertet Gemeindefusion Rohrbach-Berg weitgehend positiv - Fusionsstrategie des Landes aber weiterhin ohne klare Ziele - zudem braucht es regionalen Infrastrukturplan

Die Gemeindefusion Rohrbach-Berg hat für attraktive Entwicklungsperspektiven gesorgt und bietet große Chancen – vor allem im Bereich der Raumordnung. Durch die Fusion ergeben sich Vorteile bei der Leistungsqualität, wesentliche Einsparungspotentiale wurden aber erst teilweise gehoben. Auf Landesseite zeigt sich, dass hinter der Strategie der reinen Freiwilligkeit von Zusammenschlüssen keine klaren Zielwerte stehen. Es bedarf bei Gemeindefusionen einer Präzisierung durch stärkere Planung und Steuerung.

Weitere Kooperationsbemühungen der Stadtgemeinde betreffen einen bezirksweiten Standesamtsverband, den Bau eines Bezirkshallenbades sowie die generelle Bildung eines Kooperationsraumes. Auch bei den Kooperationen fällt auf, dass konkrete Zielsetzungen des Landes OÖ fehlen. Der LRH warnt vor einer mittelfristig unüberschaubaren Kooperationsstruktur und hält das Land an, die Förderbestimmungen der Gemeindefinanzierung Neu in diesem Bereich zu konkretisieren.

Die Prüfung in Rohrbach-Berg hat weiters gezeigt, dass es für das Land OÖ an der Zeit ist, endlich einen landesweiten Infrastrukturplan zu erarbeiten, so wie dies im Regierungsprogramm 2015 bis 2021 vorgesehen ist. Ein Paradebeispiel sind die Hallenbäder, wie sich auch beim geplanten Bezirkshallenbad am Standort Rohrbach-Berg zeigt. Überörtlich wirkende Infrastruktur sollte auf Basis dieses Infrastrukturplanes den Standortgemeinden auch entsprechend finanziell abgegolten werden.

Mit 1. Mai 2015 schlossen sich die Stadtgemeinde Rohrbach in Oberösterreich und die Gemeinde Berg bei Rohrbach zur Stadtgemeinde Rohrbach-Berg zusammen. Dem waren positive Volksbefragungen in beiden Altgemeinden sowie entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse vorausgegangen. Der LRH beurteilt den Zusammenschluss der beiden Gemeinden aus struktureller Sicht als positiv.

„Rohrbach-Berg hat sich mit der Errichtung eines Kinder-Reha-Zentrums im Gesundheitsbereich positioniert und dadurch zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen“, sagt LRH-Direktor Dr. Friedrich Pammer. In der gesamten Region ist zudem eine Aufbruchsstimmung erkennbar. „Die Gemeindefusion hat sich positiv auf die Verwaltung ausgewirkt, weil durch Spezialisierung eine schnellere Aufgabenerledigung und Steigerung der Leistungsqualität sichergestellt werden kann“, erklärt der LRH-Direktor.

Aus finanzieller Sicht zeigt sich allerdings ein differenziertes Bild, weil wesentliche Einsparungspotentiale nur teilweise genutzt wurden. Ausgaben für politische Organe werden erst ab 2021 einen nachhaltigen finanziellen Vorteil von rund 25.000 Euro jährlich bringen; auch Fusionspotentiale im Personalbereich hat die Stadtgemeinde erst zeitverzögert genutzt. Von Landesseite war ein Fusionsbonus von 574.000 Euro zugesagt. „Dass dieser Fusionsbonus nunmehr aus Bedarfszuweisungsmittel und somit aus finanzieller Sicht von der Gesamtheit der oö. Gemeinden geleistet wird, sehen wir kritisch“, sagt Pammer.

Fusionsstrategie des Landes OÖ unklar und ohne Ziele

Seit 2015 haben in Oberösterreich neben Rohrbach-Berg fünf weitere Fusionen von jeweils zwei Gemeinden stattgefunden. Das Land OÖ geht nach wie vor ausschließlich von freiwilligen Zusammenschlüssen aus und macht keine Zielvorgabe hinsichtlich räumlicher Verteilung, Anzahl an Fusionen oder zeitlichem Ablauf. „Aus unserer Sicht ist das Potential an Gemeindefusionen in Oberösterreich bei weitem nicht ausgeschöpft; das Land OÖ sollte seine Strategie in Bezug auf Gemeindefusionen präzisieren und stärker steuernd eingreifen“, erörtert der LRH-Direktor.

Darüber hinaus ist es für den LRH notwendig, dass das Land auch hinsichtlich Kooperationen klare Ziele vorgibt und über die Förderverwaltung steuert, um eine unüberschaubare Kooperationsstruktur zu vermeiden. Was damit gemeint ist, erklärt Pammer anhand eines Beispiels: „35 von 37 Gemeinden des Bezirks schließen sich ab 1. Jänner 2020 einem Standesamtsverband mit Sitz in Rohrbach-Berg an, auch um durch mehr Spezialisten-Know-How den steigenden Qualitätsansprüchen gerecht zu werden. Dass sich nicht alle Gemeinden des Bezirkes beteiligen, ist aus Effizienzgründen abzulehnen, bleibt derzeit aber ohne Konsequenz“.

Regionalen Infrastrukturplan entwickeln – Förderungen darauf abstimmen

Der Bezirk Rohrbach wurde Anfang 2018 vom Land OÖ als eine von mehreren Pilotregionen für die Entwicklung von Kooperationsräumen mehrerer Gemeinden ausgewählt. Das Projekt wurde Ende 2018 gestoppt und im Jahr 2019 unter dem Titel „Upper Region 2030 – Kooperationsräume“ neu konzipiert. Dabei versucht das Land OÖ, für ausgewählte Infrastrukturbereiche eine Soll-Struktur zu erarbeiten und darauf aufbauend Zielwerte für bestimmte Kooperationsräume zu definieren. Ergebnisse standen zum Zeitpunkt der Prüfung noch aus. Aus Sicht des LRH braucht es eine flächendeckende regionale Infrastrukturplanung bei einer Vielzahl an Infrastrukturbereichen, die in der Folge Basis für eine gezielte Verteilung der Fördermittel sein soll.

Finanzielle Lage der Stadt lässt derzeit Betrieb eines Hallenbads nicht zu – landesweit tragbare Lösungen herbeiführen

Die Haushaltssituation von Rohrbach-Berg kann als bislang grundsätzlich stabil bezeichnet werden. Die finanziellen Spielräume werden aufgrund geplanter hoher Investitionen jedoch deutlich enger. Das geplante Investitionsvolumen von 26,3 Mio. Euro bis ins Jahr 2023 wird die frei verfügbaren Mittel von durchschnittlich 300.000 Euro jährlich deutlich übersteigen, weshalb die Stadtgemeinde Konsolidierungsmaßnahmen setzen sollte. „Werden alle geplanten Vorhaben realisiert, so hätte das eine erhebliche Neuverschuldung zur Folge“, sagt Pammer.

Die Stadtgemeinde plant zudem die Errichtung einer regionalen Erlebnisbadeanlage mit einem Investitionsvolumen von 10 bis 12 Mio. Euro. Die Investitionsfinanzierung würde teilweise von den Gemeinden des Bezirks getragen werden. Rohrbach-Berg selbst soll derzeit als Standortgemeinde das Grundstück zur Verfügung stellen und die laufenden Betriebsabgänge von zumindest 300.000 Euro jährlich tragen. „Wir sehen den Bedarf an einem kommunalen Hallenbad – nicht aber an einem Wellnessbereich – im Bezirk Rohrbach als gegeben an. Dies ist auch in der Bäderstudie des Landes dokumentiert. Problematisch ist aber, dass der laufende Betrieb für Rohrbach-Berg alleine nicht leistbar sein wird“, erörtert der LRH-Direktor.

Vom Betrieb eines Hallenbads profitieren die Bürgerinnen und Bürger vieler Gemeinden. Zur Abgeltung dieser überörtlichen Leistung wäre es für den LRH zweckmäßig, dass das Land OÖ anhand des festzulegenden regionalen Infrastrukturplans den Standortgemeinden eine Basisabgeltung für den laufenden Betrieb gewährt. „Vorstellbar ist für uns beispielsweise ein fixer Sockelbetrag je Einrichtung, der im Rahmen des Strukturfonds der Gemeindefinanzierung Neu ausbezahlt wird“, sagt Pammer abschließend.

Rückfragen-Kontakt: Dr. Friederike Riekhof (+43 732) 7720-140 91 oder mobil 0664 / 6007214091

Weitere Informationen unter <http://www.lrh-ooe.at>